



Stasi-Debatte in der BVV am 26.04.2006

Demokratie: die beste aller real existierenden Staatsformen

von Kerstin Beurich, Vorsitzende der SPD-Fraktion Lichtenberg

Voltaire hat einmal gesagt: „Ich verabscheue, was Sie sagen, aber ich werde Ihr Recht es zu sagen mit aller Entschlossenheit verteidigen!“ Besser kann man das Wesen der Meinungsfreiheit in einem demokratischen Gemeinwesen nicht beschreiben.

Und dennoch verdeutlicht dieses Zitat auch die Schwierigkeit des Umganges mit Meinungen, die letztlich auf die Abschaffung genau dieser Meinungsfreiheit abzielen oder auf sonstige Weise für die Verfechter demokratischer Grundrechte nahezu unerträglich sind.

Demokratie ist nicht immer einfach und Demokratie ist auch nicht perfekt. Demokratie ist manchmal schwerfällig und langsam. Man muss dicke Bretter bohren und die Lobbygruppen, die ihr Interesse immer vor das der Allgemeinheit stellen, sind für uns Parlamentarier nicht immer einfach im Umgang. In der hitzigen vierstündigen

Debatte der letzten Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Lichtenberg am 26.04.06 zu den jüngsten Äußerungen ehemaliger Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) hat sich aber wieder einmal bestätigt, dass die Demokratie immer noch die beste aller verwirklichten Staatsformen ist. **Wenn Opfer und Täter des ehemaligen MfS zusammenkommen und es dennoch friedlich bleibt, zeigt sich die große Stärke der demokratischen Herrschaftsform.**

Wir als SPD Lichtenberg finden unerträglich, was neuerdings von ehemaligen Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit ungeniert in Bezug auf Unterdrückungsmechanismen und Haftbedingungen in der ehemaligen DDR verbreitet wird. **Da wird eine Verharmlosung und Geschichtsfälschung betrieben, die insbesondere für die Opfer der SED-Dik-**

tatur aber auch für jeden aufrechten Demokraten nicht hinnehmbar sind. Dagegen wenden wir uns mit aller Macht des Wortes und fordern ein energisches und nachhaltiges Entgegenreten. Genau dieses haben wir in der Podiumsdiskussion zur Markierung des ehemaligen Sperrgebiets um die heutige Gedenkstätte Hohenschönhausen – die ehemalige

weichendes Meinungsbild äußern. Das zuzulassen und auszuhalten, macht gerade das Wesen und die Qualität unseres demokratischen Rechtsstaats aus. Bei der Verunglimpfung von Opfern muss aber die Toleranz des Rechtsstaats enden. Deshalb haben wir als SPD-Fraktion in der Debatte – die zu diesem Thema (Vor über 100 Gästen!) leider erst um 21.00 Uhr be-



Rappelvoller BVV-Saal in der Große-Leege-Straße

Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR – am 14.03.2006 seitens führender Repräsentanten des Landes Berlin und unseres Bezirkes vermisst! **Das die Bezirksbürgermeisterin Frau Emmrich, der Vorsitzende des Kulturausschusses Herr Prof. Hofmann und sogar der Kultursenator Herr Thomas Flierl (die alle der Linkspartei.PDS angehören) zu diesem ungeheuerlichen Vorgang geschwiegen haben – das ist der eigentliche Skandal!**

Die Veranstaltung vom 14.03. hat gezeigt, dass der Bezirk Lichtenberg die organisierten Aktivitäten ehemaliger Mitarbeiter des MfS nicht länger ignorieren und unwidersprochen lassen darf. Natürlich wird es nicht zu verhindern sein, dass zu öffentlichen Diskussionen auch Menschen kommen, die ein anderes bzw. ab-

gann und bis weit nach Mitternacht andauerte – u.a. folgende Fragen an das Bezirksamt gestellt:

1. Was hat die Bezirksbürgermeisterin bewogen, auf der Veranstaltung am 14.03.06 zu schweigen und den dort geäußerten Behauptungen der ehemaligen Mitarbeiter des MfS nicht entschieden entgegenzutreten?

2. Was unternimmt die Bezirksbürgermeisterin, um sich von den aktuellen Aussagen der ehemaligen Mitarbeiter des MfS öffentlich zu distanzieren? **Peinlich waren daraufhin die Versuche von**

Frau Emmrich, ihr Fehlverhalten zu erklären. Letztlich gestand sie kleinlaut ein, dafür eigentlich keine Erklärung zu haben.

Zum Antrag von SPD, CDU und FDP, der sofortigen Aufstellung von vier Markierungstafeln zur Kennzeichnung des ehemaligen Sperrgebiets Hohenschönhausen zuzustimmen, sprachen sodann 10 Opfer des MfS, die – mit Unterstützung dieser 3 Parteien – das neue Rederecht für Bürger in der BVV nutzten. Darunter war auch der Sozialdemokrat Hajo Helwig-Wilson.

Den Ursprungsantrag dazu hatten wir übrigens schon im Oktober 2005 in die BVV eingebracht! Er wurde jedoch durch die Linksfraktion.PDS im Kulturausschuss immer wieder vertagt und dadurch bewusst verzögert.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Durch die erschütternden Berichte der Opfer und die Reden der Bezirksverordneten von SPD, CDU und FDP, die von der PDS forderten, mit der sofortigen Aufstellung der Hinweistafeln Farbe zu bekennen und diese nicht mit weiteren Scheinargumenten zu verzögern, folgte letztlich eine Spaltung der PDS. Denn sechs Verordnete der Linksfraktion hatten zuvor noch das Rederecht für zwei Gastredner (davon ein ehemaliger Mitar-

beiter des MfS) unterstützt, die abermals versuchten, die Verbrechen des MfS zu relativieren. Dem einen entzog der Vorsteher der BVV darauf hin sogar das Wort und wir hatten aus Protest den Saal verlassen. An dieser Stelle war die emotionale Atmosphäre zum Zerreißen gespannt. Die Zustimmung zum Antrag gelang letztlich, weil 16 Bezirksverordnete der Linksfraktion/PDS endlich Vernunft annahmen und sich den guten Argumenten nicht mehr verschließen wollten. Es

war unglaublich wichtig, dass die BVV am 26.04.06 als demokratisch gewählte Volksvertretung mit den Mitteln unserer Demokratie ein Zeichen gesetzt und auf Antrag von SPD, CDU und FDP die sofortige Aufstellung der Hinweistafeln beschlossen hat. Zum Abschluss möchte ich den vielen Mitgliedern der SPD Lichtenberg danken, die unserer Fraktion als Gäste in der BVV den Rücken gestärkt und somit zu einem friedlichen Ablauf der BVV beigetragen haben.

Besuch des ZDF-Hauptstadtstudios

Zu Gast im Zollernhof

von Kerstin Beurich, Vorsitzende der AsF Lichtenberg und Gabi Kind, Vorsitzende der AG 60+ der SPD Lichtenberg

Am 21.03.06 besuchten wir, die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF), die Arbeitsgemeinschaft der Senioren (AG 60+) und die SPD-Fraktion Lichtenberg das Hauptstadtstudio des Zweiten Deutschen Fernsehens im Zollernhof Unter den Linden 36-38.

Dort im Herzen der Hauptstadt – in unmittelbarer Nähe zum Regierungsviertel – wurde der Zollernhof bis zum Jahr 2000 zum modernen Medien- und Geschäftszentrum mit vier Kellern und sieben Obergeschossen aus- und umgebaut. **Historische Baukunst und modernste Architektur vereinen sich nun in höchster Perfektion:** Hinter der denkmalgeschützten Jugendstilfassade entstand ein Neubau nach modernsten architektonischen und baulichen Kriterien. Neben zahlreichen Geschäften und Restaurants ist das ZDF-Haupt-

stadtstudio prominentester Nutzer im Zollernhof, von dessen verglasten Innenhof (bekannt durch die Talkshow „Berlin Mitte“ mit Maibritt Illner) eine direkte Sichtverbindung zum großen ZDF-Fernsehstudio besteht.

Im Mittelpunkt unseres Besuchs stand ein ca. einstündiges Gespräch mit Dr. Peter Frey (Leiter des Hauptstadtstudios und bekannt als Moderator zahlreicher ZDF-Nachrichtensendungen).

Es entwickelte sich eine interessante Diskussion über Programmgestaltung, inhaltliche Schwerpunktsetzung, Werbeminuten und Quotendruck. Die anwesenden Rundfunkgebührenzahler erfuhren u.a., dass aufwendige Produktionen wie „Wetten, dass...?“ und insbesondere die Übertragungsrechte für Sportveranstaltungen heutzutage richtig Geld kosten. **Peter Frey musste sich u.a. Klagen über Talkshowformate und**

unzureichende Berichterstattung über den Ostteil der Republik gefallen lassen. Man hatte aber jederzeit den Eindruck, dass er die Fragen und Anregungen dieser politisch interessierten Besuchergruppe wirklich ernst nahm. **Im Anschluss an die Diskussionsrunde gab es dann noch eine Führung durch ein ZDF-Studio,** bei der wir erfahren konnten, dass die scheinbar hochmoderne Aufnahmetechnik aus dem Jahr 2000 aufgrund der rasanten Entwicklung in diesem Bereich schon wieder veraltet ist. **Der hochinteressante Nachmittag, der von Manfred Becker (Mitglied des ZDF-Verwaltungsrates) vermittelt und von der Fraktion organisiert wurde, klang dann im Casino des Hauptstadtstudios bei Kaffee und Kuchen aus.** Wir danken der Fraktion ausdrücklich für die gute Zusammenarbeit mit unseren Arbeitsgemeinschaften nicht nur bei dieser Veranstaltung.

Mal so mal so?

Demokratieverständnis

von Rainer Giesecke, Mitglied der SPD-Fraktion Lichtenberg

In der Debatte der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Lichtenberg im Zusammenhang mit der neuen Geschäftsordnung machte die PDS den anderen Parteien erst einmal wieder klar, was wir unter Demokratie zu verstehen haben. Sie setzte durch, dass es in Zukunft ein **Rederecht für alle Bürgerinnen und Bürger in den Sitzungen der BVV** geben wird. Je mehr mitreden können, je demokratischer geht es zu. Da wird auch nicht hinterfragt, womit andere Meinun-

gen begründet werden könnten. Wer dagegen ist, ist einfach undemokratisch.

Ein solches Verhalten kann nur als populistisch und oberflächlich bezeichnet werden. Die parlamentarische Demokratie basiert nun einmal darauf, dass die Zusammensetzung in der BVV durch freie Wahlen entsteht. **Die Mitglieder der BVV sind Volksvertreter, d.h. sie haben die Interessen der Bürger zu vertreten.** Wenn die PDS sich dieses nicht zutraut, dann braucht sie natürlich ein Rederecht

für die Bürgerinnen und Bürger. Um diese Zustand sachlich zu bewerten, muss man wissen, dass die in der BVV vertretenen Fraktionen für jedes Fachgebiet der Kommunalpolitik Spezialisten haben. **Diese Spezialisten der Fraktionen erarbeiten sich auf ihren Gebieten einen Überblick, um Entscheidungen treffen zu können, die die Gesamtbedingungen des Bezirkes berücksichtigen und somit die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger im Auge haben.** Dies kostet viel Zeit und Kraft.

Die Bürgerinnen und Bürger können sich in der Regel gar nicht so intensiv und um-

fassend mit Kommunalpolitik beschäftigen. Was sie allerdings können, ist sich mit Partikularinteressen zu beschäftigen. Dies kann durchaus auch in der **Fragestunde der BVV** vorgetragen werden. Hinzu kommen **regelmäßige Sprechzeiten der Bezirksbürgermeisterin, der Bezirkstadträtinnen und Bezirkstadträte und der Fraktionen, die jede Bürgerin und jeder Bürger nutzen kann**. Aufgrund dieser Veränderung der Geschäftsordnung ist allerdings eine Debatte auf gleicher Augenhöhe in den Sitzungen der BVV mit der Verordneten schlichtweg nicht mehr möglich. Das ist Scheindemokratie und nutzt den Bürgerinnen und Bürgern nichts. Wie es mit dem

Demokratieverständnis der PDS wirklich bestellt ist, macht eine Anfrage eines Verordneten der PDS in der Fragestunde der BVV deutlich. Als Fazit der Anfrage und der Diskussion wurde klar, dass der erwähnte Verordnete allen Ernstes die Auffassung vertritt, **dass ein Angestellter/Beamter der Bezirksverwaltung als Privatmann nicht seine Meinung äußern darf, wenn sie nicht mit der politischen Meinung des zuständigen Bezirksstadtrates (PDS) übereinstimmt. Demokratie???** Es ist erstaunlich, wie die PDS mit diesem Begriff umgeht. Immer so, wie sie es gerade braucht.

Und noch etwas: Kürzlich kam es auf einer Veranstaltung zum Thema Gedenkstät-

te für die Opfer der Staatssicherheit der ehemaligen DDR zu unglaublichen Vorgängen. **Ehemalige Offiziere der erwähnten Staatssicherheit verhöhnten ihre Opfer**. An dieser Veranstaltung nahmen u.a. auch höchste Repräsentanten der PDS aus unserem Bezirk teil. Keiner ist eingeschritten. **Ein Demokrat zu sein, bedeutet auch, die Demokratie zu verteidigen**. Und Demokratie heißt, in erster Linie die Opfer zu schützen und nicht die Täter, selbst wenn man von den Tätern offensichtlich gewählt wird.

Demokratie heißt Freiheit und Unantastbarkeit der Persönlichkeit. Wer sie zu rechtstutzt, wie er sie gerade braucht, macht sich ungläubwürdig.

Markenzeichen des Bezirks?

Bildungsstandort Lichtenberg

von Jacek Gredka, Mitglied der SPD-Fraktion Lichtenberg und Vorsitzender des Ausschusses für Bildung und Sport

Alles was Lichtenberg als Bildungsstandort stark gemacht hat und als Vorzeigeschild diente, wurde mit brachialer Gewalt von den Bildungsstadtrat Räßler-Wolff (Linkspartei.PDS) zunichte gemacht.

Statt eine Marketingstrategie für Schulstandorte zu entwickeln, wurde eine Antiwerbekampagne gestartet, um die in der Vergangenheit noch so zahlreiche Schülerschaft aus anderen Bezirken und dem Land Brandenburg, die sich an unseren Schulen angemeldet hatte, zu verschrecken.

Durch Informationen aus dem Bezirksamt und die Medien wurden die Eltern verunsichert, wobei es ihnen nicht um die langen Schulwege geht, sondern um die Schulprofile der jeweiligen Schulen und deren Standorte. Doch trotz zahl-

reichen Proteste (Bürgerbegehren in Karlshorst) und Hinweise durch die beratenden Gremien ist der **Bildungsstadtrat Räßler-Wolff (Linkspartei.PDS) nicht gewillt, seine Meinung zu korri-**

gieren. Das Landesschulamt hat vorgeschlagen, dass der gesamte Prozess der Schulentwicklungsplanung im Süden von Lichtenberg bei den Oberschulstandorten zu überdenken ist. **Vor allem die geplante Fusion des Coppi- und Kant-Gymnasiums sollte um ein Jahr verschoben werden, damit eine sachgemäße Zusammen-**

nachvollziehbare Perspektive für den Bildungsstandort Lichtenberg. Bleibt nur eine Frage: Warum das alles? Sind es die bevorstehenden Wahlen am 17.09.06 und **die Angst, dass das neue Bezirksamt dieses Problem anders lösen könnte** oder wurden andere Festlegungen getroffen, die jetzt mit Gewalt durchgesetzt werden sollen?

Was die Bürgerinnen und Bürger über diese Vorgehensweise denken, haben wir am 06.04.2006 im Kulturhaus Karlshorst **bei der ersten Einwohnerversammlung des Bezirks** (siehe Bild links) erlebt.

Der Schulentwicklungsplan soll keine starre Beschlussvorlage sein und solle nicht am 30.09.2006 abgeschlossen sein, so die Worte des Bildungsstadtrats. Deshalb **ermutigen wir das Bezirksamt, die Notbremse zu ziehen** und den Weg für eine konstruktive



Rappellvoller Saal im Kulturhaus Karlshorst: Die erste Einwohnerversammlung des Bezirks Lichtenberg seit Einführung der neuen Beteiligungsrechte für Bürgerinnen und Bürger

reicher Proteste (Bürgerbegehren in Karlshorst) und Hinweise durch die beratenden Gremien ist der **Bildungsstadtrat Räßler-Wolff (Linkspartei.PDS) nicht gewillt, seine Meinung zu korri-**

legung überprüft werden kann. Sinnvoll wäre auch, die Entscheidung des Bürgerbegehrens abzuwarten. Diese Unnachgiebigkeit kostet dem Bezirk viel Geld (Umsatz und Umbaukosten) und bietet keine

Diskussion über die Bildungsstruktur frei zu machen, die im Bezirk und weit darüber hinaus wirkt und wieder zu einem Markenzeichen Lichtenbergs werden kann und muss.

Nicht nur Worte – sondern Taten:

Denn beim Sport bewegt man sich!

von Matthias Stawinoga, Präsident des SC Berlin e.V. und stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion Lichtenberg

Kenner der Sportszene wissen, dass unser Bezirk in Sachen Sport in Berlin führend ist und eigentlich das Attribut „Lichtenberg – der Sportbezirk“ verdient hat.

Aber, mit diesen Pfunden wird (Leider!) immer noch zuwenig in der Öffentlichkeit gewuchert. Dabei wissen z.B. die HoWoGe und andere Wohnungseigentümer in unserem Bezirk längst, wie wichtig der „weiche Faktor Sport“ für das Wohlbefinden ihrer Mieter ist und unterstützen deshalb ziel- und zweckgerichtet Sportvereine in Lichtenberg. **Das Sportangebot der vielen Sportvereine ist nahezu grenzenlos**, viele Sportstätten gibt es in Lichtenberg, um dort im Verein oder als Freizeitsportler sich zu betätigen. Trainer,

Übungsleiter, Honorarkräfte und viele Ehrenamtliche stehen zur Verfügung, damit jeder Interessierte auch optimale Bedingungen geboten bekommt. Aber diese Bedingungen können von den Vereinen

nur mit sehr großem Engagement und Liebe zum Sport erbracht werden. Denn auf der einen Seite können die eingetragenen Sportvereine zwar landeseigene Sportflächen nach der sogenannten Sportanlagennutzungsverordnung



(SPAN) zu Sonderkonditionen nutzen, aber auf der anderen Seite wurden die **Zuschüsse aus dem Landeshaushalt in den letzten Jahren drastisch gekürzt**. Das trifft besonders Vereine sehr hart, die

vom Land eine Kofinanzierung für Trainer bzw. Übungsleiter erhalten. Und das schlägt sich besonders drastisch bei den Sportarten nieder, wo eine fach- und sachgerechte Anleitung unbedingt notwendig ist. Das wird zwar seit Jahr und Tag be-

klagt, aber geändert hat sich nichts! Und auch die Preis- und Vergabepolitik (von Wasserflächen) der Berliner Bäderbetriebe ist für die gemeinnützigen Vereine fast nicht mehr akzeptabel.

Nun stehen ja **im Herbst, genauer gesagt am 17.09.06 die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus** an und im Vorfeld wird sicherlich jede Kandidatin und jeder Kandidat sich zum Thema Sport und seine Finanzierung äußern (Müssen!). Wir, die Sportvereine in Lichtenberg, werden nachfra-

gen und die Probe aufs Exempel machen. Vorbeugen ist besser als Heilen, Sport treiben ist sinnvoller als faul vor der Glotze zu hängen. Wer Sport ausübt, nutzt sinnvoll seine Freizeit – und: **Sport ist im Verein am schönsten!**

Das Freiwillige Soziale Jahr

Freiwillig sozial!

von Blashka Brechel, Mitglied der SPD-Fraktion Lichtenberg

Für junge Menschen, die bald die Schule beenden, stehen Überlegungen zur Berufswahl an.

Viele haben noch keine konkrete Vorstellung von ihrem Berufswunsch und möchten zuerst einmal ausprobieren, ob der angestrebte Beruf im sozialen Bereich den eigenen Interessen entspricht. Dazu bietet **das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ)** die Möglichkeit.

Die Rahmenbedingungen des FSJ sind geregelt im Gesetz zur Förderung eines freiwilligen Sozialen Jahres.

Ein FSJ bietet jungen Menschen im Alter von 16 bis 26 Jahren die Chance, vor Beginn einer Ausbildung oder einem Studium einen Einblick in soziale und pflegerische Berufe zu erhalten und sich unter Anleitung von Fachkräften darin zu erproben.

Allgemeine Informationen zum FSJ: Die Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste organisieren seit 1983 in einigen Bundesländern für den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband das FSJ. **Das FSJ dauert in der Regel 12 Monate, es ist eine Vollzeitbeschäftigung bei einem Anspruch auf mindestens 26 Urlaubstage.** Die Freiwilligen erhalten ein Taschengeld und die Verpflegung gestellt bzw. ausgezahlt. **Je nach den örtlichen Bedingungen kann auch die Unterkunft gestellt (oder ein Zuschuss zu den Mietkosten gezahlt) werden.** Während des freiwilligen Sozialen Jahres finden mehrere, meist 5-tägige Bildungsseminare statt. Es können in den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Schleswig Holstein jährlich 650 Frei-

willige in Einsatzstellen im sozialen und pflegerischen Bereich vermittelt werden. In Nordrhein-Westfalen können auch Interessentinnen und Interessenten aus dem europäischen Ausland ein FSJ ableisten. In Sachsen-Anhalt gibt es das Projekt „Jugend hilft Jugend“ mit dem Schwerpunkt in der offenen Kinder- und Jugendarbeit. **Was bringt das FSJ? Weiterentwicklung der Persönlichkeit, finanzielle und persönliche Unabhängigkeit, Überprüfung eines Berufswunsches, neue Leute kennen lernen, mehr Selbstbewusstsein, mehr Verantwortungsbewusstsein, Grenzen setzen können.**

Habe ich das Interesse geweckt?

Dann gibt es Kontakte unter:

fsj.berlin@ijgd.de, fsj.nrw@ijgd.de, fsj.hbs@ijgd.de